

p.B. 15.51. Norv. 2.

Be - 9. Mai 68 11

BK/mb/bz/3.5.68

VERTRAULICH

Staatsbesuch des norwegischen Königs Olaf V
vom 1. - 4. April 1968

Protokollnotiz
der Arbeitssitzung vom 2. April 1968
=====

Norwegische Delegation

die Herren Aussenminister John Daniel LYNG

Botschafter Sören Chr. SOMMERFELT, Ständiger Vertreter
beim Sitz der UN in GenfPer BORGEN, Stellvertretender Direktor des Kulturdien-
stes im Aussenministerium

Kjell COLDING, Chef des Sekretariats des Aussenministers

Schweizerische Delegation

Die Herren Bundespräsident Willy SPUEHLER

Botschafter Pierre MICHELI

Botschafter Paul JOLLES

Botschafter Ernesto THALMANN

Dr. Hans MIESCH

Dr. Jürg ISELIN

Dr. Franz BLANKART (Protokoll)

Traktanden

1. Vietnam
2. Non-Proliferation
3. Integration
4. Korps für die Hilfe bei Katastrophen



- 2 -

Beginn der Sitzung : 11.00

Herr Spühler dankt dem norwegischen Aussenminister für seine Bereitschaft, sich für eine politische Aussprache zur Verfügung zu stellen und präsentiert ihm die Mitglieder der schweizerischen Delegation.

Herr Lyng dankt seinerseits für die ihm gebotene Gelegenheit, sich mit Vertretern der schweizerischen Behörden zu einer Arbeitssitzung zusammenfinden zu können. Er beabsichtigt nicht, fest umschriebene Thesen seiner Regierung zu plädieren, sondern möchte lediglich einen gegenseitigen allgemeinen Gedankenaustausch pflegen.

1. Vietnam

Herr Lyng erkundigt sich nach den Erfahrungen, die die Schweiz bei der Annäherung an Nordvietnam gemacht hat. Hat diese u.a. Informationen ergeben, die einen Schluss auf die weitere Entwicklung des Problems zulassen ?

Herr Spühler schildert kurz den Ablauf unserer Kontaktnahme mit Nordvietnam, erst den Besuch des Botschafters H. Keller im Jahre 1966 in Hanoi, während dem vornehmlich humanitäre Belange im Vordergrund standen, dann den Besuch des Botschafters Rossetti im Februar dieses Jahres, der zu dessen Akkreditierung als Vertreter des EPD beim Aussenministerium der DRV geführt hat. - Auf den kürzlichen Besuch des nordvietnamesischen Abgesandten Mai Van Bo eingehend, stellte er fest, dass die Anerkennung der DRV durch die Schweiz im Moment nicht spruchreif sei. Hingegen wisse Hanoi, dass die Schweiz, und im besonderen Genf, für allfällig gewünschte gute Dienste zur Verfügung stehe.

Herr Micheli : Wir werden vielfach nach der juristischen Bestimmung unseres gegenwärtigen Verhältnisses zu Nordvietnam gefragt. Indessen lässt sich diese nicht einer der klassischen völkerrechtlichen Kategorien unterordnen. Es handelt sich um eine pragmatische Lösung sui generis in einer Kriegssituation, die sich ihrerseits völkerrechtlich ebensowenig eindeutig klassifizieren lässt.

- 3 -

Herr Lyng : Die Entwicklung des norwegischen Verhältnisses zu Nordvietnam lässt sich wie folgt zusammenfassen : Im Februar 1967 fand ein erstes Zusammentreffen unseres in China akkreditierten Botschafters mit seinem nordvietnamesischen Kollegen in Peking statt. Dieser benützte die Gelegenheit, um unserm Botschafter zu Händen der Amerikaner den nordvietnamesischen Standpunkt darzulegen. Washington hat seinerseits diesen Kanal in Anspruch genommen, um anlässlich eines Treffens, das zwischen dem amerikanischen Botschafter in Norwegen und unserm Botschafter in China einige Wochen später in Oslo stattgefunden hat, seine Haltung im Vietnamkonflikt Hanoi übermitteln zu lassen. Die Themata, über die Meinungen ausgetauscht wurden, waren : Verhandlungsbedingungen, Stellung des Vietkong, allfällige Neubildung der Regierung in Südvietnam. Die Amerikaner scheinen auf diese Verhandlungsmöglichkeit Wert gelegt zu haben. Doch im Oktober 1967, als die Bombardierung Hanois intensiviert wurde, liessen uns die Nordvietnamesen wissen, dass das angebahnte Gespräch nicht mehr aktuell sei. Die vorgesehene Einladung unseres Botschafters in Peking zu einem Besuch Hanois wurde nordvietnamesischerseits suspendiert. Gegen Ende des Jahres konnte der Kontakt wieder aufgenommen werden. Die norwegische Regierung hat es hierbei nicht unterlassen, den Amerikanern einen Bombardierungsabbruch nahezu legen. Seither ist unsererseits nichts mehr geschehen. - Hat das Politische Departement Nachricht über eine allfällige Reaktion Hanois auf die jüngsten Erklärungen des amerikanischen Präsidenten (Bombardierungsstop, Rückzug der Kandidatur) erhalten ? In Oslo hat man noch nichts erfahren.

Herr Spühler : Hanoi hat unseres Wissens noch nicht reagiert, was mir ein eher positives Symptom zu sein scheint. - Wie beurteilt das norwegische Aussenministerium die Motive, die Präsident Johnson zu seinem Entschluss gebracht haben ? Handelt es sich hierbei um einen endgültigen Rückzug aus der amerikanischen Politik, oder besteht die Möglichkeit, dass der Präsident, im Falle eines Erfolgs seiner Demarchen, als gefeierter Staatsmann in die Politik zurückkehrt, bzw. im Falle eines Misserfolgs einen Grund zur wei-

- 4 -

tern Eskalation findet und alsdann in solch gefährdeter Lage einen Präsidentenwechsel als inopportun darzustellen vermöchte ?

Herr Lyng : Diese Frage ist im gegenwärtigen Zeitpunkt noch kaum zu beantworten. Tatsache ist, dass der innere und äussere Druck auf die politische Konzeption des Präsidenten so stark geworden ist, dass er e t w a s tun musste. Das Vietnamproblem vergiftet die gesamte internationale Atmosphäre und mindert das Ansehen der Vereinigten Staaten und damit der freien Welt. Es ist deshalb auch aus diesem Grund - abgesehen von der Tatsache und der Gefahr des Krieges selbst - nur zu hoffen, dass der Demarche des amerikanischen Präsidenten Erfolg beschieden sein wird.

Herr Sommerfelt : Es besteht kaum ein Zweifel, dass U Thant in der gegenwärtigen Situation wieder die Initiative ergreifen wird, um die beiden Parteien an einen Tisch zu bringen.

Herr Micheli : Dennoch dürfte es noch lange dauern, bis das Stadium der vorbereitenden Gespräche überwunden sein wird. Zur Zeit können wir selbst kein mehreres tun, um die Zusammenkunft zu aktivieren. Die Disponibilität Genfs ist bekannt.

2. Non-Proliferation

Herr Lyng: Welches ist die schweizerische Haltung gegenüber dem Problem der Non-Proliferation?

Herr Spühler: Wir haben am 17. November 1967 den Regierungen der beiden Staaten, die das Präsidium der Genfer Abrüstungskonferenz innehaben, ein die Non-Proliferation betreffendes Aide-Mémoire überreicht. Diesem Dokument ist zu entnehmen, dass sich die Schweiz grundsätzlich positiv zur Idee eines Atomsperrvertrages einstellt, zum vorliegenden Abkommensentwurf aber einige Bemerkungen, Wünsche oder Vorbehalte anzubringen hat; diese lauten:

1. Vereinheitlichung des Kontrollsystems und Möglichkeit, Inspektoren abzulehnen.

- 5 -

2. Verpflichtung der Nuklearmächte zur Weitergabe von Informationen, die der friedlichen Verwendung der Kernenergie nützlich sind; der Vertrag soll bei der zivilen Nutzung der Kernenergie nicht diskriminierend wirken.
3. Die Schweiz kann den Vertrag nicht unterzeichnen, wenn dieser nicht die meisten Mächte bindet, die imstande sind, Atomwaffen herzustellen.
4. Begrenzung der Vertragsdauer.
5. Verpflichtung der Grossmächte, Mittel zur Beendigung ihres Wettrüstens zu suchen und darauf zu verzichten, Unterzeichnerstaaten, die keine Kernwaffen besitzen, jemals mit solchen zu bedrohen.
6. Einführung eines obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens.

Vorläufig warten wir die weitere Entwicklung ab; denn wir können hierzu erst endgültig Stellung nehmen, wenn ein vollständiger Vertragsentwurf vorliegt. Was Pt. 3 betrifft, so ist für uns vornehmlich die Haltung der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, was nicht besagen will, dass wir unsere Entscheidung von jenem der Bundesrepublik abhängig machen werden.

Herr Lyng: Die norwegische Regierung ist der Ansicht, dass ein wenn auch unvollkommener Atomsperrvertrag stets noch besser ist als gar keiner. Sie hat deshalb im Sinn, den Vertrag, wie immer er im einzelnen auch lauten mag, zu unterzeichnen. - Anlässlich der Besprechungen, die ich kürzlich mit dem deutschen Bundeskanzler sowie mit seinem Aussenminister geführt habe, habe ich den Eindruck gewonnen, die Bundesrepublik Deutschland werde sich schliesslich doch bereitfinden, den Vertrag zu unterzeichnen, dies allerdings erst, nachdem sämtliche Möglichkeiten der Einflussnahme ausgeschöpft sein werden. Strauss soll erklärt haben, aus der Regierung auszutreten, falls der Vertrag unterzeichnet würde, doch sei diese Drohung nicht allzu ernst zu nehmen.

3. Integration

Herr Lyng: Die norwegische Regierung ist der Ansicht, dass es noch viele Jahre dauern wird, bis das Problem der europäischen Integration auch nur annähernd gelöst werden kann. Sie folgert hieraus, dass die EFTA zu stärken und weiterhin auszubauen ist. - Am 22./24. April wird in Kopenhagen eine Zusammenkunft der Staats-, Aussen- und Handelsminister der skandinavischen Länder stattfinden, um Möglichkeiten für eine noch engere nordische Zusammenarbeit zu prüfen. Diese Zusammenarbeit soll aber - wie ich mit Nachdruck betonen möchte - die Verfolgung der allen EFTA-Staaten gemeinsamen Ziele nicht beeinträchtigen.

Herr Spühler: Die Schweiz ist der nordischen Zusammenarbeit stets positiv gegenübergestanden; sie hat hierin nie einen Widerspruch zur Zusammenarbeit innerhalb der EFTA gesehen. - Wir bedauern, dass die EFTA durch verschiedene, zum Teil miteinander unvereinbare Initiativen in ihrer Kohärenz geschwächt worden ist. Hierbei sind die Demarchen Grossbritanniens die auffälligsten, zugleich aber auch jene, die auf Grund der innerstaatlichen, ökonomischen Situation noch am ehesten erklärlich sind. All diese Vorstösse haben eines gemeinsam, nämlich die geringe Chance, in absehbarer Zukunft zum Erfolg geführt werden zu können. Der Bundesrat geht deshalb mit der norwegischen Regierung insofern einig, als auch er für eine konsequentere Zusammenarbeit in der EFTA eintritt. Er verfißt, wie auch Ihre Regierung es wiederholt getan hat, den Standpunkt, dass eine gesamteuropäische Lösung angestrebt werden muss und dass hierzu ein geschlossenes Auftreten der EFTA-Staaten mehr Erfolg verspricht als verschiedene, untereinander gar widersprüchliche Demarchen einzelner Mitgliedstaaten.

- 7 -

Herr Jolles: Wir haben den Eindruck, dass die EWG in den nächsten Jahren der innern Konsolidierung (Agrarpolitik, Ausbau der vollständigen Wirtschaftsunion, Fusion der drei Verträge) Priorität verleihen wird. Dieses Problem wird die Politiker des Gemeinsamen Marktes vollauf beschäftigen, weshalb wir uns die Frage stellen müssen, welche Möglichkeiten uns in dieser "Zwischenzeit" offenstehen. Es will mir scheinen, dass im besten Falle eine Kombination der deutsch-französischen und der BENELUX-Pläne verwirklicht werden könnte. Beide Pläne streben nicht eine Erweiterung, sondern höchstens den Status einer "Vorstufe" an. Die Chancen für das Gelingen einer solchen Kombination sind zwar gering. Dennoch sollten derartige Initiativen nicht durch allzu doktrinaire Äusserungen entmutigt werden. Nachdem die Franzosen (und selbst deren Präsident) wiederholt von der Möglichkeit einer "Zwischenlösung" gesprochen haben, können sie diesen Gedanken heute, da er konkret diskutiert werden soll, nicht einfach zurückweisen. Deshalb besteht nach wie vor die - wenn auch geringe - Möglichkeit, dass ein handelspolitisches Arrangement verbunden mit einem Konsultationsmechanismus gefunden werden kann: In den gemeinsamen Interessen liegt der Anknüpfungspunkt, von dem aus pragmatisch substantielle Lösungen gefunden werden können. Will man "alles oder nichts", so dürfte man in der gegenwärtigen Situation wohl "nichts" erreichen. Um so weniger sollte die Zusammenarbeit innerhalb der EFTA weiteren Belastungsproben ausgesetzt werden. Es ist aber auch aussichtslos, die EWG spalten zu wollen, wie dies britischerseits versucht worden ist. Deshalb bleibt auch das BENELUX-Memorandum letztlich fragwürdig: Die "gesamteuropäische Lösung", von welcher der Bundespräsident eben gesprochen hat, soll ein Arrangement zwischen g a n z e r EWG und g a n z e r EFTA herstellen, ansonst die Spaltungen vermehrt werden, was einen Rückschritt innerhalb der Integrationsentwicklung darstellen würde.

Herr Sommerfelt: Grossbritannien scheint seine dogmatische Haltung zu Gunsten von pragmatischen Teillösungen allmählich aufzugeben. Sektorenweisen Teillösungen gegenüber besteht aber norwegi-

- 8 -

scherseits nach den Erfahrungen der Kennedy-Runde etwelche Skepsis. Zudem müssten derartige Lösungen GATT-konform sein, da es nicht angeht, legitime amerikanische Interessen zu diskriminieren. Dennoch stehen wir den von Herrn Jolles genannten "Konsultationsmechanismen" positiv gegenüber; dies umso mehr als wir in Brüssel gegenwärtig nur verhältnismässig geringe Kontakte haben. An solchen Zwischenlösungen müssten aber alle EFTA-Staaten teilhaben. Es wäre deshalb vorteilhaft, wenn anlässlich der im Mai stattfindenden EFTA-Ministerkonferenz in London ein gemeinsames materielles Konsultationsprogramm aufgestellt werden könnte. Dies setzte aber eine faktische Stärkung der Solidarität unter den Mitgliedstaaten voraus. Wie Sie wissen, werden wir in der Aluminiumbranche von britischer Seite einer merklichen Diskrimination ausgesetzt. Es fällt uns deshalb sowohl auf innen- wie auf aussenpolitischer Ebene schwer, glaubwürdig von einem EFTA-Arbeitsprogramm zu sprechen, solange wir gleichzeitig von einem Mitgliedstaat in einer für uns so wesentlichen Angelegenheit im Stich gelassen werden.

Herr Jolles: Es versteht sich von selbst, dass sich die EFTA-Staaten vor Abschluss eines Arrangements darüber im klaren sein müssen, welche Sektoren, die für einzelne Mitgliedstaaten besonders wichtig erscheinen, ausgenommen bleiben sollen. Wir selbst haben für das Problem solcher Ausnahmen Verständnis; doch scheint es uns nicht Grund dafür zu sein, Verhandlungen a limine auszuschliessen. Vielmehr sind es die Ausnahmen selbst, die u.a. Gegenstand von Verhandlungen werden müssen. Vermutlich würde die EWG ihre diesbezüglichen Verhandlungsrichtlinien flexibel gestalten, da ein Arrangement auch für sie nicht ohne Vorteile wäre. - Zur Frage der GATT-Konformität: Grundsätzlich sind wir ebenso der Ansicht, dass das Prinzip der Meistbegünstigung nicht unnötig in Frage gestellt werden sollte. Umgekehrt erheischt die Gegenwart in zahlreichen Sektoren ein pragmatisches Vorgehen. So wurde etwa an der UNCTAD-Konferenz in New Delhi der grundsätzliche Beschluss gefasst, inskünftig Präferenzen für Entwicklungsländer zu schaffen. Falls das Prinzip der Meistbegünstigungsklausel weiter durchlöchert wird, so sollte dies wenigstens dazu

benützt werden, die Regelung unseres Verhältnisses zur EWG zu erleichtern. - Die Rücksichtnahme gegenüber den amerikanischen Interessen ist im Rahmen der Gegenseitigkeit auch unser Anliegen. Doch ist uns die definitive amerikanische Haltung noch nicht bekannt. Sollten die USA tatsächlich eine Importsteuer erheben oder Exportsubventionen gewähren, so dürfte sich ein Neuüberdenken unserer diesbezüglichen Politik aufdrängen. - Es versteht sich von selbst, dass das ange-deutete "Arrangement" den Zusammenhalt innerhalb der EFTA-Staaten nicht belasten darf. Dies bedingt eine vorgängige Absprache und alsdann ein gemeinsames, solidarisches Vorgehen.

Herr Spühler: Die Geschichte der Freihandelsassoziation zeigt, dass unsere beiden Länder stets auf Seiten der Solidarität gestanden, mithin nicht versucht haben, einem gemeinsamen Vorgehen vorzugreifen. Leider ist diese Politik nicht von allen Mitgliedstaaten in ebensolcher Weise durchgehalten worden.

Herr Lyng: Dem Einschlagen einer pragmatischen Methode sind wir angesichts der heutigen Situation nicht abgeneigt. Wir sind zur Teilnahme an allen Verhandlungen bereit, die dazu führen können, die Stagnation der Integrationslage zu beenden. In diesem Sinne haben wir sowohl auf den Vorstoss der BENELUX-Staaten wie auf jenen Italiens positiv reagiert, doch haben wir stets zu verstehen gegeben, dass wir keiner Methode oder Lösung Hand bieten würden, die eine Spaltung der EFTA zur Folge hätte. In dieser Beziehung ist für uns vor allem das Verhältnis zu Schweden von Bedeutung.

Herr Jolles: Um alle Missverständnisse auszuschalten, möchte ich festhalten, dass es uns fern liegt, grundlos amerikanische Interessen zu diskriminieren oder die Glaubwürdigkeit der GATT-Regeln zu schwächen. Dennoch ist es unser aller Ziel, einen integrierten europäischen Markt zu schaffen. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels mögen temporär für gewisse aussereuropäische Länder zu Härten führen, insofern das Prinzip der Meistbegünstigung nicht durchwegs wird durchgehalten werden können. Doch ist dies von vorübergehender Bedeutung.

- 10 -

Auch dürften die bisherigen französischen Angebote eines minimalen Zollabbaus auf lange Sicht nicht das letzte Wort darstellen. Pragmatische Lösungen sind auch für uns Provisorien mit allen Nachteilen, die diese implizieren können. -- Zur norwegisch-britischen Aluminiumangelegenheit: Die Schweiz ist bereit, Norwegen bei der Suche einer Lösung, die EFTA-konform ist, zu helfen. Ist einmal abgeklärt, in welchen Punkten das britische Vorgehen den Regeln der Freihandelsassoziation widerspricht, werden wir uns für die Rückkehr zur Vertragskonformität einsetzen.

4. Korps für die Hilfe bei Katastrophen

Herr Thalmann: Norwegen hat dem Generalsekretär der UN eine Gruppe von Chirurgen und Pflägern für Katastrophenfälle zur Verfügung gestellt. Da wir selbst die Möglichkeit einer entsprechenden schweizerischen Hilfsgruppe untersuchen, interessieren uns Ihre diesbezüglichen Erfahrungen. Hat die UN schon einen Appell an Ihr Hilfsdetachment gerichtet?

Herr Lyng: Wir haben den Generalsekretär der UN wissen lassen, dass es uns möglich ist, ihm gegebenenfalls eine militärische Truppe von 800 Mann zur Verfügung zu stellen. Dieses Bataillon enthält u.a. eine Sanitätseinheit, die, etwa in Katastrophenfällen, auch isoliert angefordert werden kann. Wir haben sie erstmals der italienischen Regierung zur Hilfeleistung in Sizilien angeboten, doch wurde sie nicht in Anspruch genommen. Bis heute haben wir somit noch keine Erfahrungen sammeln können.

Herr Jolles benützt diese Gelegenheit, um dem norwegischen Aussenminister die Anerkennung der Schweiz für den norwegischen Chefdelegierten bei der UNCTAD-Konferenz in New Delhi auszusprechen, welcher als Koordinator der westlichen Gruppe unter grossem persönlichem Aufwand eine glänzende Leistung vollbracht hat.

- 11 -

Herr Lyng nimmt dies zur Kenntnis. Er dankt für die ihm anlässlich dieser Aussprache bekanntgegebenen Informationen.

Herr Spühler erwidert diesen Dank und schliesst die Sitzung.

Ende der Sitzung: 12.25

- z.K. an: - Schweiz. Botschaft in Athen, Bangkok, Belgrad, Brüssel, Den Haag, Djakarta, Dublin, Helsinki, Köln, Kopenhagen, Kuala Lumpur, London, Lissabon, Madrid, Moskau, Oslo, Paris, Peking, Rom, Stockholm, Tokio, Washington, Wien
- ✓ - Schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel
 ✓ - Schweiz. Delegation bei der EFTA in Genf
 ✓ - Schweiz. Vertretung bei den internationalen Organisationen in Genf
 ✓ - Büro des Schweiz. Beobachters bei den VN in New York
 ✓ - Schweiz. Delegation bei der OECD in Paris
 ✓ - Schweiz. Generalkonsulat in Saigon

Be - 9. Mai 68 - 11